Schulgebäude: Keine Kontrollen geplant

Wien erwartet ein kleines Plus bei der Zahl der Kinder im Pflichtschulbereich.

Wien. In der Ostregion enden mit dieser Woche die Sommerferien – in der Bundeshauptstadt Wien beginnt die Schule am kommenden Montag für rund 253.000 Kinder und Jugendliche, etwa 132.500 von ihnen werden im Pflichtschulbereich zu finden sein. Hier beträgt das Plus rund 1,8 Prozent, wie Bildungsstadträtin Bettina Emmerling (Neos) am Donnerstag mitteilte.

Als Reaktion auf den Amoklauf von Graz im Juni wurde ein Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen bzw. Schulleitungen entwickelt. Dieser enthält Handlungsempfehlungen für unterschiedliche Krisensituationen. Bauliche oder organisatorische Maßnahmen wie Zugangskontrollen werde es aber nicht geben, sagte Emmerling.

Mehr als 20.000 Kinder werden am kommenden Montag zum ersten Mal in die Schule gehen. Die Volksschulen erhalten laut Emmerling Verstärkung durch 18 Fellows von Teach for Austria, die heuer erstmals in der Primarstufe zum Einsatz kommen.

Mentale Gesundheit

Ein Schwerpunkt liegt auf der mentalen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Im kommenden Schuljahr soll es zusätzlich zu bestehenden Angeboten 600 Workshops im Rahmen der sogenannten Mental Health Days geben. Dort werden Mobbing, Essstörungen, Handysucht, Leistungsdruck, Depression, Suizidalität und Ängste behandelt.

Wie viel Druck auf jungen Menschen lastet, darauf verwiesen am Donnerstag auch die Kinderliga und die Bundesjugendvertretung (BJV). Sie präsentierten Ergebnisse eines Dialogprojekts, bei dem Zwölf- bis 25-Jährige ihre Bedürfnisse in Bezug auf psychische Gesundheit äußern konnten. Im Topsy-Youth-Projekt kamen über 50 Jugendliche bei drei Terminen im Mai und Juni mit Gesundheitsexperten und Politikern ins Gespräch. „Die Hälfte aller jungen Menschen steht unter einem riesigen Perfektionsdruck, sie erleben Belastungen in ihrem Lebensalltag, in der Schule, aber auch in der Familie“, erklärte die Kinderliga-Vizepräsidentin Hedwig Wölfl. (APA)

Kaiseradler im Aufwind

Die Brutsaison der Kaiseradler ist in Österreich dieses Jahr besonders erfolgreich gewesen. Die natürliche Wiederansiedelung der Vögel, die bis 1999 in Österreich als ausgestorben gegolten haben, schreitet gut voran. In der heurigen Saison brachten 50 Brutpaare insgesamt 81 Jungvögel zum Ausfliegen. Das sind zehn mehr als noch 2024. Guenterguni

Schulen fehlt „qualifiziertes Personal“

Lehrermangel. So massiv wie im Vorjahr wird der Personalmangel heuer nicht. Die Gewerkschaft kritisiert trotzdem: Es werde sich zwar „irgendwie ausgehen – aber irgendwie ist zu wenig“.

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Erst kurz vor seinem Interview habe er wieder eine verzweifelte Direktorin am Telefon gehabt, die ihn gefragt habe, ob er nicht eine Lehrerin kennt, die noch eine Stelle sucht, erzählt Thomas Krebs. Auch wenige Tage vor Schulbeginn am Montag im Osten Österreichs schlagen beim obersten Wiener Pflichtschullehrergewerkschafter – und vermutlich nicht nur dort – immer noch Hilferufe aus den Schulen auf. Denn der Lehrermangel ist weiterhin ein Problem.

So groß wie in den Vorjahren ist er diesmal aber nicht. Zahlen, wie viele Stellen offen sind und wie viele Bewerber es gibt, sind derzeit noch nicht publik. Freitagmittag werde man erste Details kommunizieren, heißt es im Büro von Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) am Donnerstag zur „Presse“. Und auch aus der Wiener Bildungsdirektion war nur zu erfahren, dass die zahlreichen Bewerbungen gerade noch „unter Hochdruck“ bearbeitet werden. Im vergangenen Bewerbungsfenster Mitte August hätten sich jedenfalls 700 Personen für die 240 ausgeschriebenen Stellen gemeldet. Der Andrang sei also groß. „Und jede Schülerin und jeder Schüler in Wien wird ab dem ersten Schultag Unterricht bekommen.“

Seit Jahren heißt es, es werde zu Schulbeginn in jeder Klasse eine Lehrkraft stehen. „Der Schulstart wird sich auch heuer irgendwie ausgehen“, sagt Krebs, „aber irgendwie ist halt zu wenig“. Alleine die Tatsache, dass es mehr Bewerber als offene Stellen gegeben habe, sage noch nichts darüber aus, was das für den Alltag in den Schulen bedeutet. Immerhin gebe es viele Mehrfachbewerbungen. Außerdem sei die Eignung der Bewerber entscheidend. „Die Frage ist, wie einsetzbar die Bewerber sind“, sagt Krebs. In Volksschulen, in denen etwa eine klassenführende Lehrerin für die erste Schulstufe gesucht wird, habe es wenig Sinn, eine Studentin einzusetzen, die nur für ein paar Stunden die Woche zur Verfügung steht.

Wenige mit Lehramtsstudium

Generell sei die Krux, dass seit Jahren immer mehr gut ausgebildete und erfahrene Lehrer in Pension gehen, und „nicht ausreichend qualifiziertes Personal“ nachkomme. Tatsächlich können die offenen Stellen österreichweit schon längst nicht mehr mit fertig ausgebildeten Pädagogen besetzt werden. Das räumt auch das Ministerium ein. Zuletzt hat nur die Hälfte der neu Angestellten ein Lehramtsstudium abgeschlossen. Die andere Hälfte setzt sich aus Studierenden (21 Prozent), Quereinsteigern (rund zehn Prozent) und Sondervertragslehrern (17 Prozent) zusammen.

Der Personalmangel ist von Ort zu Ort, von Schultyp zu Schultyp und von Fach zu Fach unterschiedlich stark. Besonders stark betroffen sind die Pflichtschulen. Ein „riesiges Manko“ gebe es in den Sonderschulen. In den Volksschulen ist die Situation nur ein wenig besser. Und auch in den Mittelschulen ist die Personalsituation angespannt. Außerdem werden in Wien insbesondere auch noch Lehrer für die Deutschförderung gesucht.

Das Ganze hat auch viel mit der vor gut zehn Jahren stattgefundenen Reform der Lehrerausbildung zu tun. Durch diese hat sich das Lehramtsstudium verlängert. Das hat den Pädagogenmangel verschärft. Insbesondere Sonderschulen haben es seither schwer. Es gibt nämlich keine eigene Ausbildung für Sonderschullehrer mehr. Es ist nur noch ein Schwerpunkt im Studium – und der wird selten gewählt.

Auch für die Mittelschulen ist die Situation seit der Reform nicht einfach. Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen der Ausbildung von Mittelschul- und AHS-Lehrern. Die Pädagogen werden für eine Altersgruppe (Primarstufe oder Sekundarstufe) ausgebildet. „Wenn jemand Mathematik auf Uni-Niveau studiert hat, wird es für ihn wohl kein Heuler sein, Kinder zu unterrichten, die den Zahlenbereich 20 nicht erfassen können“, sagt Krebs. Angesichts dessen sei es wenig überraschend, dass Sekundarstufenlehrer eher in die Gymnasien drängen.

Verschärft habe sich die Situation auch durch eine weitgehende Freiheit bei der Fächerwahl im Studium. Früher mussten Hauptschullehrer zumindest ein Hauptfach belegen (Deutsch, Mathematik oder Englisch) und konnten dann noch ein Nebenfach wählen. Heute sind alle Kombinationen möglich. „Jetzt haben wir die Situation, dass sich an den Mittelschulen ausgebildete Französisch- und Psychologielehrer bewerben, weil es auch an der AHS für diese Fächerkombination nur eine begrenzte Nachfrage gibt.“

Reform der Ausbildung

Dieser Problematik ist sich die Politik bewusst. Eine neuerliche Reform der Lehrerausbildung wird kommen. Die neue Volksschullehrerausbildung startet bereits im Oktober. Der Bachelor dauert dann nur mehr drei statt vier Jahre, der Master wird umgekehrt um eines auf zwei Jahre verlängert. Schon jetzt freuen sich die Pädagogischen Hochschulen über ein Plus bei den Studienanfängern. In drei Jahren wird es durch die Verkürzung des Bachelors zu einem Absolventenschub kommen. Dann werden zwei Jahrgänge auf einmal abschließen.

Die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe wird sogar um ein Jahr verkürzt. Diese Reform tritt ein Jahr später in Kraft. Im Regierungsprogramm ist außerdem eine Wiedereinführung eines Lehramtsstudiums für Sonderpädagogik paktiert. Die Reformen, die (dadurch) steigende Zahl von Studierenden sowie die zunehmende Zahl an Quereinsteigern soll den Lehrermangel mildern. Bildungsminister Wiederkehr sprach zuletzt sogar davon, dass er bis 2029 behoben sein könnte.

NACHRICHTEN

Vater und Sohn gehen auf 18-Jährigen los

Weil sie mit der Beziehung einer 15-Jährigen offenbar nicht einverstanden waren, attackierten ihr 44-jähriger Vater und ihr 22-jähriger Bruder – beide Syrer – am Mittwochabend in Wien-Meidling deren 18-jährigen Freund. Der Bruder sperrte ihn in einen Lagerraum, wo er gemeinsam mit seinem Vater und drei weiteren Männern auf ihn einschlug.

Leiche in Donau: Verdächtiger in U-Haft

Nach der Tötung eines Mannes auf der Donauinsel in Wien-Floridsdorf ist über den Tatverdächtigen bereits die Untersuchungshaft verhängt worden. Die Gründe waren Tatbegehungs-, Flucht- und Verdunkelungsgefahr.

Sporrer will „Park-Abzocke“ stoppen

Gesetzesentwurf. Die Justizministerin will die Bemessungsgrundlage für Besitzstörungsklagen senken, damit diese als Geschäftsmodell nicht mehr lukrativ sind.

Wien. Nur einmal kurz vor einem Geschäft geparkt oder in einer Hauseinfahrt gewendet und schon flattert ein Brief ins Haus. Der Inhalt: Eine Zahlungsaufforderung von mehreren Hundert Euro, ansonsten droht eine Besitzstörungsklage mit deutlich höheren Kosten. Solche Fälle haben sich zuletzt gehäuft und quasi zum Geschäftsmodell entwickelt. Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) will das nun verhindern.

Konkret soll die Bemessungsgrundlage für diese Klagen auf 40 Euro sinken, sodass solche Modelle nicht mehr lukrativ sind, so Sporrer. Eine entsprechende Vorlage soll im Herbst im Ministerrat beschlossen werden.

Ein erster Entwurf dafür ist bereits im Juli bekannt geworden. Nun dürfte man schon etwas weiter sein. „Es ist skandalös, dass Modelle entwickelt werden, mit denen Menschen, denen ein kleiner Irrtum passiert ist – sie wenden irgendwo oder bleiben kurz stehen – gleich aus Profitinteressen mit Gerichtsverfahren bedroht werden. Das tut dem Rechtsstaat nicht gut“, meinte die Ministerin.

„Ungerechtfertigter Gewinn“

Derzeit flattert Menschen, die mit dem Auto etwa kurz auf einem nicht gekennzeichneten Privatparkplatz stehengeblieben sind, oft ein Anwaltsbrief ins Haus. In denen wird meist zur Zahlung von 400 Euro aufgefordert, ansonsten würde eine Besitzstörungsklage eingebracht. Diese Summe entspricht in etwa dem, was bei Verlust des Verfahrens mindestens als Ersatz der Anwaltskosten geleistet werden müsste. „Der Brief kostet den Klienten aber tatsächlich weniger, das heißt, da ist ein ungerechtfertigter Gewinn für Abzocker drin“, argumentiert nun Sporrer.

Andere Klagen nicht betroffen

Wenn die Bemessungsgrundlage für solche Klagen auf 40 Euro sinkt, belaufen sich die Anwaltskosten nur mehr auf etwa ein Viertel des bisher Verlangten. „In den Brieferln kann dann nur mehr drinstehen: Zahl 100 Euro, sonst wirst du geklagt“, erklärt Sporrer. Für Anwalt bzw. Klienten wäre damit kaum mehr ein Profit möglich. Für alle anderen Besitzstörungsklagen – also etwa wenn ein Ehepartner den anderen während des Scheidungsverfahrens aus der Wohnung aussperrt – soll diese Herabsetzung nicht gelten. (APA)

Feuerwehr rettet Rehkitz aus der Donau

Das Tier fiel im Schleusenbereich des Kraftwerks Ottensheim ins Wasser.

Ottensheim. Die Feuerwehr hat am Mittwochabend ein Rehkitz aus dem Schleusenbereich des Donaukraftwerks Ottensheim (Urfahr-Umgebung) gerettet. Das Jungtier war ins Wasser gefallen, hatte eine Öffnung in der Schleusenmauer entdeckt und verschwand darin, so die FF Höflein.

Die Einsatzkräfte mussten vom Ufer aus einen Schacht öffnen und von oben Wasser in die Öffnung sprühen, damit das Kitz wieder ins Wasser ging. In der Donau wurde es von der Feuerwehr in Empfang genommen, mit dem Boot ans Ufer gebracht und dort dem Jagdleiter von Ottensheim übergeben. (APA)